

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierjährlich 1.50 M. Einzelne Ausgabe 10 Pf. Colonialzeitung für Übersee.
Gebühre 75 Pf., Gebühre 10 Pf. und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernaus 533.
Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonne-
mentbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Allgemeine Anzeigen-Ausnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 35.

Duisburg, den 1. September 1917.

18. Jahrgang.

Vom Urlaub zurück!

Vorüber sind die schönen Tage der Erholung im Kreise der Familie und der Kollegen. Durch die lange Dauer des Krieges ist der Urlaub eine der schönsten Hoffnungssterne im Soldatenleben geworden. Darf man doch für eine kurze Zeit alles das nützliche und selbst empfinden, wovon die Lieben in der Heimat so oft berichtet und was in unserer Seele stets so lebendig ist.

Ich habe so gerne, so einsam auf Feldwache oder auf Posten zurückgekehrt auf die schaffensfrischen und ehrbenden Stunden im Kreise der Kollegen in Versammlungen, Unterrichtskursen usw. und dabei kam mir oft der Gedanke: Wie mag es wohl mit unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, wie mit unserer christlichen Metallarbeiter-Verbande in der Heimat stehen? Nun berichteten mir die Kollegen in den letzten Wochen: Es geht vorwärts in unserm Verbande und mit Sehnsucht erwartete ich die Stunde, mich selbst davon überzeugen zu können. Während des Urlaubs hatte ich nur Gelegenheit, in einer stark besuchten Mitgliederversammlung mich an dem alten gewerkschaftlichen Geiste der Kollegen zu erfreuen und ich habe mich wirklich gefreut über die große Anzahl neuer Mitglieder. In dem Bericht, der in der genannten Versammlung gegeben wurde, spiegelte sich erfolgreich gewerkschaftliche Kriegsarbeit wieder. Unwillkürlich kam mir der Gedanke: Was wäre wohl aus unserer Arbeiterschaft ohne eine starke Gewerkschaftsbewegung während des Krieges geworden? Wer hätte die Interessenvertretung der Arbeiter in den verschiedensten schriftartigen Fragen der Lebensmittelversorgung und der Erhöhung des Einkommens, die durch die gewaltige Preisssteigerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände notwendig sind gegenüber Arbeitgebern und Regierung übernehmen können? Mit schönen Wörtern allein kann sich heute der Wille in der Arbeiterschaft zum Durchhalten nicht mehr aufrecht erhalten. Sie will Tatsachen sehen. Das kann denn auch deutlich in der Diskussion zum Ausdruck, die in dem einen Gedanken ansprang: Unsere christliche Arbeiterschaft erträgt willig die nur einmal in einem daran Folgen dieses gewaltigen Krieges, ermutigt durch die Opfer unserer Kollegen an der Front, ist aber auch ebenso fest entschlossen, unzählige Härten und Ungerechtigkeiten auf das entstiegenste zu bekämpfen. Den Gedanken, der in deutschen Landen manchmal auftaucht: Dieser Krieg werde nur im Interesse des Kapitals geführt, weil die christliche Gewerkschaft entstehen wird. Durch die jahrelange volkswirtschaftliche Aufklärungsarbeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung wissen deren Mitglieder, warum es sich bei diesem gewaltigen Kriegserfolg handelt. Jetzt zeigt es sich, dass die christlichen Organisationen durch ihre Aufklärungsarbeit auch dem Vaterland einen großen Dienst erwiesen haben. Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse an einem guten, siegreichen Ausgang dieses Weltkrieges, weil eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, wie die Gegner es wollen, für den deutschen Arbeiterschaft von den schwerwiegendsten Folgen wäre. Der Arbeiterschaft kämpft um seine Zukunft und seine Gleichberechtigung. Wenn die Arbeiterschaft, besonders die der schweren Industrie, den ihr zufolge den Untergang an den Fortschritten der letzten Jahre nicht erreicht und ihr die Gleichberechtigung und Einziehung in die gesellschaftliche Ordnung noch nicht ganz zuverkannt worden ist, so liegt das an der großen Masse derjenigen, welche fremd, ja sogar feindlich der auswärtsstrebenden Gewerkschaftsbewegung gegenüberstand. Erfreulicherweise deuten nun die Zeichen darauf hin, dass die jetzige schwere Zeit nicht sprödel an der großen Masse des Arbeitersstandes vorübergeht. In dem Maße, wie es die deutsche Arbeiterschaft es bestrebt, die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, in dem Maße wird sie ihren Platz im neuen Deutschland einnehmen und mitarbeiten können an den gewaltigen Zukunftsaufgaben.

Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr so fern, wo auch wir aus der Front wieder in die Reihen der Kollegen in die Heimat zurückkehren und wieder mitarbeiten dürfen. Bis dahin liegt diese Aufgabe in den Händen der Überlebenden. Das ist die Pflicht der christlichen Metallarbeiter-Verbandes, besonders die alten Kämpfer, diese Aufgabe ernst nehmen, davon habe ich mich auf meinem Urlaub überzeugen und nach den Kollegen an der Front mitteilen können. Wir vertrauen auf Gott! Freue mich auf Eure!

B. G.

gen unsern Kollegen. Das ist ein typisches Beispiel hierfür. (Nr. 33 unseres Verbandsorgans.) Doch es auch Firmen gibt, die den Gewerkschaftsbeamten bei den Betrieben anstrengen, zeigt folgender Vorgang.

Am 22. Juli waren in Büchenkirchen, Kreis Solingen, circa 15 Kollegen der Firma F. J. Tillmanns, Neukronenberg, zu einer Besprechung zusammengekommen. In der Sitzung wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Tillmanns besprochen. Die Arbeiter fragten darüber, dass die Löhne bei der Firma Tillmanns bis zu 50 Prozent geringer seien wie in den benachbarten Betrieben. Nach den Angaben der Kollegen zahlte die Firma heute noch Stundenlöhne von 60—70 Pfennig und zwar an langjährige treue Arbeiter. Auf Grund dieser Feststellungen unterzog Kollege Schlebusch Solingen die Löhne bei der Firma Tillmanns einer sachlichen Kritik. Sobald die Firma von der Besprechung erfuhr, richtete sie an das Bürgermeisteramt Schlebusch eine schriftliche Beschwerde, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

An

das Bürgermeisteramt Schlebusch.

Wie mir von meinen Arbeitern mitgeteilt wird, soll am Sonntag in Büchenkirchen eine Versammlung stattgefunden haben, in welcher auch ein Gewerkschaftssekretär aus Solingen die von mir gezahlten Löhne kritisiert haben soll. Ich bitte Sie dringend, dieser Sache nachzugehen und festzustellen, ob die Sache zutreffend ist, im Falle wollen Sie strafrechtlich vorgehen, da es ja bekanntlich verboten ist, derartige Verhüllungen der Arbeiter vorzunehmen.

Gleichzeitig richte die Firma ein Schreiben an das Generalkommando, in dem folgende Stellen außerst bemerkenswert sind:

An

das stellvertretende Generalkommando

Münster.

Am Sonntag, den 22. d. Jrs., hat in Büchenkirchen, Bürgermeisterei Schlebusch, eine Versammlung stattgefunden und wurde von einem Gewerkschaftssekretär aus Solingen, welcher für die Gewerkschaft agiert haben soll, die von mir gezahlten Löhne kritisiert. Die Versammlung hat, soweit ich in Erfahrung zu bringen vermochte, unangemeldet und ohne polizeiliche Aufsicht stattgefunden.

Unter meinen Arbeitern hat infolge der Verhüllung seitens des betreffenden Vorträger, speziell des Gewerkschaftssekretärs, bereits Unruhe eingekehrt und sind schon verschiedene Leute wegen Lohnforderungen an mich herangetreten. Ich bitte daher, gegen das Treiben der in Frage kommenden Personen strafrechtlich vorgehen zu wollen, umso mehr ich hier mit Rücksicht auf die in nächster Nähe liegenden Stahlrohstofffabriken, welche ja bekanntlich ungewöhnlich Löhne zahlen, was bei meinen Artikeln nicht möglich ist, da ich einen sehr fairen Stand mit meinem anerkannten Rüstungsbetrieb habe. Ich bemerke noch, dass in erster Linie die Spezialarbeiter eingeladen waren, wodurch ich von vornherein dokumentiert wurde, dass man zu einem Schlag gegen meine Firma aussehen wollte. Eine der betreffenden Einladungen füge ich zur ges. Kenntnisnahme bei und bitte Sie, gegen derartige Verhüllungen ges. energisch einzutreten zu wollen usw.

Hochachtungsvoll

F. J. Tillmanns.

Der Firma Tillmanns kommt es ohne Zweifel in erster Linie darauf an, den verhöhrten Gewerkschaftssekretär der Zivil- und Militärbehörde als Heizer und Aufwiegler hinzustellen. Da schreibt man vor halblosen niedrigen Verdächtigungen und Verleumdungen nicht zurück. Die Firma Tillmanns zahlt ihren Arbeitern wahre Hungerslöhne. Sobald diese Löhne einer sachlichen Kritik unterzogen wurden, schreibt die Firma nach der Polizei und klagt über Verhüllung der Arbeiter. Unruhe soll nach den Angaben der Firma bereits unter der Arbeiterschaft herrschen. Einzelne Arbeiter sind bereits mit Lohnforderungen an die Firma herangetreten. Der Geldsack des Herrn Tillmann ist in Gefahr; deshalb die Rufe an das Generalkommando wegen Aufklarung und Verhinderung der Arbeiterschaft. Vor Gericht wird sich die Firma Tillmanns wegen dieser erbärmlichen Unterstellungen zu verantworten haben.

Vor Jahren haben die Arbeiter der Firma Tillmanns den Versuch gemacht, durch die Organisation ihre Lebenslage zu verbessern. Damals wurden die Arbeiter von der Firma vor die Wahl gestellt, entweder den Organisations den Rücken zu kehren oder auf Straßenspazier zu ziehen. Heute kann die Firma den Arbeitern nicht mehr vorwerfen, ob sie sich organisieren dürfen oder nicht. Daher sucht man jetzt dem Gewerkschaftsbeamten einsame und sonst in ganz niedrige Art und Weise, um so die Organisation zu schädigen. Die Arbeiter der Firma Tillmanns werden aus diesen Vorwürfen die einzige richtige Lebze ziehen, sich restlos dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen, damit die Löhne bei der Firma Tillmanns endlich in Einklang mit den gegenwärtigen Leistungsvorstellungen gebracht werden.

Die Bedeutung des Minettegebiets für die deutsche Eisenindustrie.

Deutschland steht in der Weltrohrenerzeugung hinter den Vereinigten Staaten von Amerika an zweiter Stelle, nachdem es Großbritannien, die alte Eisen-Bormarkt Europas, 1903 zum ersten Male überflügelt und schon lange vorher das einstige „Braudrial“ „made in Germany“ zum vielbegehrten Erkennungszeichen umgewandelt hatte. Heute erklärt Großbritannien nur um weitaus mehr als die Hälfte der deutschen Roheisenmenge, so dass der Stand im letzten Friedensjahr ungefähr folgender war: Vereinigte Staaten von Nordamerika 31 Millionen Tonnen Roheisen, Deutschland 19,3 Millionen Tonnen, England 10,6 Millionen Tonnen, Frankreich 5,3 und Belgien 3 Millionen Tonnen Roheisen.

Nehmlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Eisenproduktion. Auch hier nimmt Deutschland den zweiten Platz nach Amerika ein. Während aber Großbritannien vor drei Jahren noch die dritte Stelle behauptete, hat es inzwischen diese an Frankreich abtreten müssen. Die nachstehende Tabelle führt die Eisenerzförderung in den Hauptstaaten des Nahen vor Augen.

Eisenerzförderung in 1912.

Vereinigte Staaten von Amerika	56 000 000 t
Deutschland	33 700 000
Frankreich	19 200 000
Großbritannien	14 000 000
Spanien	eine 10 000 000
Schweden	6 700 000

Zur Deckung des eigenen Eisenerzbedarfs genügt die deutsche Förderung keineswegs. Es wurden 1912 noch über 12 Millionen Erze eingeführt im Werte von 200 Millionen Mark, denen eine Eisenerzausfuhr aus Deutschland von 2,3 Millionen Tonnen im Werte von 7 Millionen Mark gegenüberstand. In der Eisenerzeinfuhr nach Deutschland beteiligten sich hauptsächlich Schweden, Spanien und Frankreich; die Monganze, deren Einfuhr 1913 rund 630 000 Tonnen betrug, wurden zum größten Teil aus dem kaukasischen und uralischen Russland sowie aus Indien bezogen.

Eisenerzausfuhrung der Eisenerzeinfuhr 1912 zeigt folgendes Bild:

Deutschlands Eisenerzeinfuhr in 1912	
von Schweden	3 875 000 t = 2 490 000 t Eisen
Spanien	3 726 000 " = 1 863 000 " (metallisch)
Frankreich	2 692 000 " = 991 000
Rußland	655 000 " = 396 000
Algier	416 000 " = 208 000
Tunis	130 000 " = 65 000
Griechenland	128 000 " = 84 000

Trotz der starken Eisenerzeinfuhr, welche sich 1913 sogar auf 14 Millionen Tonnen erhöhte bei 2,6 Millionen Tonnen Erzausfuhr, verfügt Deutschland über große Eisenerzvorräte. Nach Feststellungen der Königlichen Geologischen Landesanstalt in Berlin (Wetzlar, Einbeck und Höhle) sind in Deutschland vorhanden:

1. an Eisenerzen, die ohne jede Voraussetzung unter den gegenwärtig vorhandenen Bedingungen gewonnen werden können — Eisenerze 1. Reihe 2065 Millionen Tonnen;
2. an Eisenerzen, deren Gewinnarbeit vom Eintreten weniger oder leichterfaßbarer Voraussetzungen abhängt — Eisenerze 2. Reihe 1044 Millionen Tonnen;
3. an Eisenerzen, deren Gewinnarbeit mehrerer oder weniger leicht erfüllbarer Voraussetzungen abhängt — Eisenerze 3. Reihe erhebliche Mengen.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt kommen zurzeit nur die Eisenerze 1. und 2. Reihe in Frage, sodass der Gesamteisenerzvorrat 3910 Millionen Tonnen beträgt. Der Eisenerzvorrat — fast 70 Prozent — entfällt hierbei auf das Minettevorrat in Lothringen-Luxemburg, das 2130 Millionen Tonnen Erze 1. Reihe und 550 Millionen Tonnen 2. Reihe aufweist, abgesehen von einer mehr als dreifach so großen Menge Erze 3. Reihe. Das Lothringische Minettegebiet stellt das größte aller bekannten Eisenerzvorräte der Welt dar. Es liegt in der Lothringischen Hochfläche und zwar in deren westlich der Mosel gelegenen Hälfte, auf dem nach dem französischen Stadtteil Brie-en-Champagne benannten Plateau. Die Hügelketten reichen nach Norden hin bis nach Luxemburg und Belgien hinein. Bis vor zwanzig Jahren vertrat man die Ansicht, dass der auf Deutsch-Lothringen entfallende schwächeren Streifen des Plateaus von Brie den reichsten Minellevorrat aufweise und dass die Erzlager sich nur wenig nach französisches Lothringen fortsetzen. Die erfolgreichen Bohrungen in Deutsch-Lothringen erbrachten aber ein anderes Bild der Rohstoffreiche und hohen Verarbeitung, auch in französisches Lothringen die dortigen, weit reichenden Bodenschätze zu erschließen. Von dem als hauptsächlich zu bezeichnenden Gesamteinheitsvorrat von 5191 Millionen Tonnen entfallen nach Dr. Kohlmann auf französisches Lothringen 3100 Millionen Tonnen, auf Deutsch-Lothringen 1841 und auf Luxemburg 250 Millionen Tonnen.

Bon nicht weniger einheimender Wirkung erscheint der Umstand, dass die Minette in französisches Lothringen 4 bis 5 Prozent mehr Eisen enthält als in Deutsch-Lothringen.

Verleumdungen.

Manche Unternehmer haben aus den Kriegsereignissen nichts gelernt oder besser gesagt sie wollen nichts lernen. Diese Unternehmer stehen der Arbeitersbewegung heute noch genau so ablehnend gegenüber wie vor dem Krieg. Nicht nur das. Den verucht die Arbeitersführer bei den Arbeitern in ein schlechtes Licht zu setzen. Der Anfang

ringen, so daß für den Verlauf nach Rheinland-Westfalen die höhere Fracht der Briketts eine Rolle spielt. Durch diese Konkurrenzfähigkeit der Eisenbetone Briketts aus Französisch-Lothringen wird aber auch die Frage der Bauvollständigkeit der Deutsch-Lothringischen Minetteerzlaget wesentlich beeinflußt, indem viele Lager mit geringerem Eisengehalt, sofern nicht Verwendung für den eigenen Hochofenbetrieb vorliegt, zu Bruch gebaut werden, d. h. militärisch verloren gehen.

Die Entwicklung der Erzförderung im Minetteterier führt die nachstehende Statistik vor Augen.

Erzförderung im Minetteterier.

Deutsch-Lothringen, Luxemburg, Frank-Lothringen, Elsaß-Lothringen.	1878	1882	1886	1890	1892	1896	1898	1912
678 000 t	1 174 000 t	1 000 000 t	2 281 000 t					
2 529 000 "	2 529 000 "	2 160 000 "	6 055 000 "					
3 571 000 "	3 370 000 "	2 923 000 "	9 270 000 "					
8 793 000 "	5 139 000 "	4 120 000 "	18 033 000 "					
20 050 000 "	6 554 000 "	17 235 000 "	43 819 000 "					

Zu Jahre 1913 ließ die Gesamtförderung auf 28 282 600 Tonnen, wovon Deutsch-Lothringen 21 136 000 Tonnen, Luxemburg 7 333 000 Tonnen und Französisch-Lothringen 19 813 000 Tonnen ließ. Den Hauptanteil an der Steigerung der Minetteförderung in Französisch-Lothringen hat der Distrikt von Brie, während die beiden Becken von Longwy und Ronch seit 1900 sich nur von 4,1 Millionen Tonnen auf 4,67 Millionen Tonnen in 1913 entwickelt haben; dagegen trug die Förderzisterne des Briketts von 31 000 Tonnen des Jahres 1900 auf über 15 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

Die Entwicklung des Briketts ist ganz besonders in den letzten drei Jahren eingesezt; die Zunahme beläuft sich gegen das Jahr 1910 auf fast 7 Millionen Tonnen.

Infolgedessen betrug auch der Absatz an Minette aus Französisch-Lothringen im Jahre 1912 bereits 6½ Millionen Tonnen, davon 33 Prozent nach Deutschland und Luxemburg und 67 Prozent nach Belgien gingen. Dagegenüber stellt sich der Verband der Minette aus Deutsch-Lothringen und Luxemburg im selben Jahre wie folgt:

Minetteablag aus Deutsch-Lothringen und Luxemburg im Jahre 1912.

Deutsch-Lothringen	Luxemburg
(20 Mill. Tonnen)	(6,5 Mill. t.)
nach Lothringen u. Luxemburg	62,06 %
- Saarzucker	13,44
- Rheinland-Westfalen	15,12
- Belgien	1,03
- Frankreich	2,35
	5,52

Die Bedeutung der französischen Minette für die heimische Eisenindustrie, und zwar nicht nur für die Süddeutschen Hütten, sondern auch für Rheinland-Westfalen, kennzeichnet sich nicht zum mindesten auch dadurch, daß deutsche Hütten sich durch Kauf in den Reich Französischer Konzessionen gezeigt haben, da in Französisch-Eisenbergwerke nur an etablierter Werke verliehen werden. Auf diese Weise hatten deutsche Hütten sich bereits 6300 Hektar gesichert, und zwar 5000 Hektar für den Süddeutschen Bezirk, einschließlich Luxemburg, und 800 Hektar für Rheinland-Westfalen.

Wenn so die französischen Minetteerzlaget für die Entwicklung des deutschen Erzbedarfs ohne Zweifel von der allergrößten Wichtigkeit sind, so gewinnt sie um so mehr noch an Bedeutung, sobald man die Entwicklung der Minetteerzlaget mit in Rücksicht zieht. Zuerst kann man die Entwicklung der Ausbeutung solch großer Erzvorräume, ganz abgesehen davon, daß sie noch nicht völlig erschöpft sind, nur mitmachen und schätzen, innerhalb aber durch die Ausführungen des französischen Geologen Beilly aus dem Jahre 1905 über die zukünftige Entwicklung des deutschen und französischen Minettebergbaues hier am Platze sein.

Beilly läßt die Förderung Deutsch-Lothringens schnell ansteigen und im Jahre 1929 mit 53 Millionen Tonnen ihren Höhepunkt erreichen, um dann ebenso rasch zu fallen, so daß die deutsche Minetteablagung bereits 1933 abgesunken ist. Die Minetteförderung Frankreichs nimmt langsam zu, erreicht 1973 ihren Höhepunkt mit einer Förderziffer von 35 Millionen Tonnen und fällt dann rasch, um im Jahre 2023 zur Entwicklung der Bogenfördern zu führen.

Wenn nun auch die Entwicklung schon bisher etwas anders verlaufen ist, als Beilly erwartete, hat indes die Förderung Deutsch-Lothringens sicher seinen Schätzungen

Die Entwicklung von Deutschlands Industrie 1861—1911

(Schluß)

Unter den Gewerben der Einzelindustrie und Stoffverarbeitung sind es die Fortschritte der Eisenindustrie, welche die höchste Bedeutung herausheben. Mit welchem Erfolg ist nun den deutschen Hütteningenieuren das aus England zu uns herangeführte Spatzenverfahren eingezogen worden! Es ermöglicht ein der deutschen Eisenindustrie, sich das geniale Verfahren der Stichfeuerleitung und -Vorwärmung zu zeigen, und es kann die Verbesserung für die großtechnische Ausbildung der vielfachen Hüttenwerke, Schmelz-, Feuerungs- und Besitz für die Beziehung von der Hütten- und der metallischen Eisenindustrie.

Heute in Gundsdorff gingen die neuartigen neuen Fortschritte auf den Gebieten der Schmelzfeuerleitung, der Schmelze und Schmelzwand der Siegenei.

Ja, höchstwürdiger Weise haben aber auch die eisentechnischen Gewerbe das ihnen zur Verfügung gestellte, für alle Zwecke geeignete Material zu bestreiten versucht, um die Leistungen unserer Eisenindustrie und unserer Hüttenwerke zu erhöhen. So den alten eisernen Hütten der Bergbau öffneten sich auch diese Zeiten die Türe, welche höchstwürdig ist, dass der sie entspannen sind. Ja, erlaubten besser an die Erfolge weiterer Fortschrittszweige, der zu den alten Schmelzen keine einzige erkannt hat. Einige wenige Schmelzen zu erwähnen, sei auf den Schmelz- und Hüttenwerken über und auf den Schmelzwerken ausgeführt.

Zum anderen Bereich der Eisenindustrie, dem

gen zugeordnet, dagegen die Französisch-Lothringens sie überflügelte, so zeigt das Schaubild doch mit klarer Deutlichkeit, welche Bedeutung der französischen Minette in Zukunft für die Versorgung unserer Hochöfen und die Lebensfähigkeit und Entwicklung unserer Eisenindustrie einzumessen ist, zumal der Erzbergzug von Schweden und anderen überseitischen Ländern immer mehr erschwert wird.

Noch vor kurzem trat diese Bedeutung der französischen Minette für unsere Hochöfenindustrie in den Vordergrund, als 1911 Frankreich einen indirekten Ausfuhrzoll auf diese Erze einführten wollte. Damals gelang es unserer Regierung erstaunlicherweise diese Bestrebungen Frankreichs zu verhindern.

Nicht haben wir das französische Minettegebot, das mitbestimmend für die Zukunft unserer Eisenindustrie ist, in unserer Hand. Die Metallarbeiterkraft weist den Wert dieses ungewöhnlichen Erzeugers für die Industrie zu schätzen. Sie hat auch das größte Interesse daran, daß unsere Großindustrie rentabel arbeitet, weil nur in einer solchen Industrie ihr ausländische Löhne geschafft werden können. Die Grundforderung aber sind billige Rohstoffe.

Schweden schreitet selbst zur Verbesserung seiner Erze im größten Maßstabe und möglicherweise mit einem Schuhzoll. Spaniens Erze befinden sich sehr durch die Traditionalkosten, die durch die bestehende Frachtroute hervorgehoben werden, für lange Zeit nach dem Kriege. Mehr als je sind wir daher auf die französische Minette angewiesen, die wir für uns nutzbar machen müssen, wenn wir erfolgreich auf dem Weltmarkt auftreten wollen. Die Abschließungsbestrebungen Englands können wir — weinigstens was Erze betrifft, zum größten Teil dadurch verhindern, wenn wir Brie und Longwy fest in unserer Hand behalten und diesen kleinen Streifen französischen Landes in deutsches Gebiet umwandeln.

Allgemeine Rundschau

Kriegsgewinne

Das Eisen- und Stahlwerk Hoechst hat im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr gute Gewinne erzielen wollen. Nachdem schon im Vorjahr der Hoechst-Abschluß eine Steigerung des Rohgewinnes von 5 459 434 Mark in dem offenkundigsten Jahre 1911—15 auf 13 691 092 Mark im Jahre 1915—16 gebracht hat, bringt der diesjährige Abschluß eine ebenfalls Verdopplung des Rohgewinnes auf 27,6 Millionen Mark. Wie weit dieses Ergebnis auch hohesgepflante Erwartungen erfüllt, ergibt ein Vergleich mit dem guten Friedensjahr 1912—13, das einen Rohgewinn von 13 102 639 Mark erbrachte. Mit der Erhöhung der Dividende auf 24 Prozent hat Hoechst den für das Geschäftsjahr 1912—13 vereinbarten Dividendenzuschuß wieder erreicht. Die gegenüber dem Vorjahr zur Verbesserung kommende Mehrdividende erfordert 1 120 000 Mark des Mehrgewinnes. Dieser wird weiter mit 5,5 Millionen Mark zur Erhöhung der den Kriegsabschlägen stichhaltig tragenden Sonderabschläge, mit 5 Null Mark für Kriegsgewinnsteuerfall in Anspruch genommen und kommt werden uns hier in diesem Jahre 1 211 111 Mark mehr als im Vorjahr für Umstellung der Betriebe in die Friedenswirtschaft zu rücksichtigen. Zu Dividenden wurden 180 000 Mark gleich 9 Prozent verteilt gegen 160 000 Mark gleich 5 Prozent im Vorjahr.

Dass die Schuhfabriken trotz oder besser gerade wegen der Kriegsschäden sehr gute Gewinne zu erzielen vermögen, zeigt der Abschluß der Schuhfabrik Herz A.-G., Frankfurt a. Main. Ihr Einnahmen, die im Jahre 1915—16 184 000 Mark betrug, stieg im Jahre 1916—17 auf 234 000 Mark. Der Bruttogewinn stellt sich auf 861 000 gegen 575 000 Mark 1915—16. In Dividenden wurden 180 000 Mark gleich 9 Prozent verteilt gegen 160 000 Mark gleich 5 Prozent im Vorjahr.

Die Werke haben fast auf der ganzen Linie Hochtourjunktur.

Wie steht es dagegen mit dem Lohn der Arbeiter, schreibt? Nur durch rege gewerkschaftliche Befreiung können auch hier die Interessen der Arbeiter wirklich verteidigt werden.

Dem Frieden entgegen

Es hilft auf uns allen auch die Lust des Krieges nicht, und je sorgenvoll unser Daten angezähltlich ist — eine Freude ist uns doch allen gemeinsam, und die be-

reit gesetzt. Doch entscheidet ist die Zukunft unserer Eisenindustrie, der Holzverarbeitenden Industrien und der graphischen Gewerbe, die in Deutschland jetzt eine herausragende Stellung eingenommen haben. Mit besonderer Freude sieht auch die Entwicklung des Kunsthandwerkes in Deutschland begreift werden, wie überhaupt die Durchdringung vieler unserer Gewerbe mit industriellen Elektroden.

Einiges der interessantesten Kapitel in der Entwicklung der deutschen Technik wird durch die deutsche chemische Industrie gebildet. Sie ist heute älter als der Deutsche Handelsbetrieb; denn von einer chemischen Industrie im heutigen Sinne kann man erst seit etwa 50 Jahren sprechen, nachdem es der Willkürschaftlichen Fertigung gefolgt war, einige Sicherheit in die Hälfte der chemischen Erfindungen zu bringen. Ihre beiden großen Zweige, die anorganische und die organische chemische Industrie, haben sich in gleicher Weise entwickelt. In Solingen kreieren der Meister der anorganischen Chemie und Schöpfer der Spezialchemie Robert Bunsen und der geniale Erfinder Bunsen-Meyer. Das der anorganischen Chemie zufügt an die Fortschritte in der Schmelztechnik und besonders an die der Schmelz- und Schmelzwand in Ludwigshafen und der Berliner chemischen Gewerbe in Marburg zu vereinfachte Berichte ergeben haben. Die Elektrotechnik hat mit der Glühlampe und die Entwicklung dieser Technik durch Deutsche, die Konstruktion der ersten brauchbaren elektrischen Bogenlampe durch Hesner-Alten und der Glühlampe durch Edison. Es ist bekannt, wie große Verdienste um die Entwicklung der Glühlampe und um die Entwicklung der ganzen elektrischen Industrie in Deutschland der damals noch junge Erfinder Emil Rathenau sich erworben hat.

Das Bündnis zwischen Wissenschaft, Technik und Industrie ist eine der Grundlagen unserer modernen wirtschaftlichen Entwicklung. Ihnen verdanken wir auch die Möglichkeit unserer Export aufrecht zu erhalten und auszudehnen, zudem die hohen Auslandszölle gegen unsere industriellen Produkte uns mehr und mehr zwingen, die alten Märkte zu verlassen und in der Spezialisierung und Verschärfung unserer Produktion Erfolg zu suchen.

Zeitet uns jedesmal unser Admiralstab, wenn er regelmäßig täglich die neuen U-Boot-Erfolge bekannt gibt. An den U-Booten und ihren unvergleichlich tapferen Besatzungen hängt das Herz des ganzen Volkes. Sie tragen unauslöschlich an der Widerstandskraft unserer mächtigsten Feinde, bis sie bricht. Unsere Friedenshand haben die Feinde übermäßig ausgeschlagen. Nun gut, unsere U-Boote werden sie zum Frieden erlagen. Keine sicherere Gewehr für den Frieden als eine erfolgreiche U-Boot-Tötigkeit! Jeder Tag bringt uns ihm näher.

Erwarten wir so von unseren U-Booten und U-Boot-Helden, daß sie den Frieden erzwingen werden, dann dürfen und wollen wir sie aber auch um keinen Preis im Stich lassen. Nur um uns den Freuden zu bringen, vertragen jene ja ihr gefährliches Vernichtungswerk. Unser ist es, daß sie zu sorgen, daß der U-Boot-Erfolg ein immer größerer wird, daß unser Helden Bettelstoffs und Munition nicht ausgehen. Das kostet Geld, und wieder hat in einer denkwürdigen Sommertagung der Reichstag einen 10-Milliarden-Kredit bewilligt. Es wird also in Kürze wieder an uns der Ruf ergehen, Kriegsanleihe zu zeichnen.

Trotz der günstigen Belebungsbedingungen verfügen aber viele unserer Seer nicht über die nötigen Mittel, um sich gleichfalls an den Belebungen beteiligen zu können. Alle diese wird es gewiß interessieren, daß unsere gemeinsame Deutsche Volksversicherung genau wie bei der letzten, so auch bei den bevorstehenden sieben Kriegsanleihen die so überaus vorteilhafte Kriegsanleihe eröffnung zu unterstützen pedant. Sie vereint nicht nur das Angenahme mit dem Nützlichen, sondern auch das Nützliche mit dem Notwendigen. Wer nämlich von dieser Belebungsbefreiung nach Artikel 2 der Volksversicherung auf den Todestod oder Erblebensfall ob, und zahlt deshalb bei der Belebung nur ein Viertel der Belebungssumme in bar. Die Kosten dieses Viertels werden dem so Versicherten durch Abzug der an sich schon sehr niedrigen monatlichen oder vierjährlichen Versicherungsbeiträge verübt.

Sobald die neue Kriegsanleihe ausgeschrieben wird, werden wir auch die näheren Bedingungen dieser Kriegsanleiheversicherung bekanntgeben. Wer zeichnen oder mitarbeiten will, möge schon jetzt seine genaue Anschrift angeben unserer Generalrechnungsstelle in Köln a. Rh., Bennoer Wall 9.

Die christlichen Gewerkschaften Hollands

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Hollands hielt seine achte Generalversammlung am 27. und 28. Juni in Utrecht ab. Aus dem schriftlich statteten Jahresbericht des Sekretärs Amelink ist zu erkennen, daß die christlichen Gewerkschaften Hollands auch im letzten Jahre erhebliche Fortschritte erzielt haben. Es betrug die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angehörenden Organisationen am 1. Januar 1916 6580 in 19 Verbänden, am 1. Januar 1915 12 386 in 27 Verbänden, am 1. Januar 1916 15 194 in 28 Verbänden, am 1. Januar 1917 20 723 in 19 Verbänden.

Die Centralisationsbestrebungen haben auch im vergangenen Jahre guten Erfolg gehabt. Zwei neue Organisationen sind im letzten Jahre neu eingeschlossen worden. Der Verband christlicher Beamten und der christliche Seearbeiterverband. Die Gesamtteilnahme der angehörenden Organisationen betrug pro 1916 136 728 Gulden, die Gesamtzuwendung 100 761,05 Gulden. Die Zahl der freigestellten Beamten betrug vor zwei Jahren 14, jetzt sind bereits 24 freigestellte Kräfte im Dienst der christlichen Gewerkschaften tätig.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli 1917.

Über die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Juli 1917 berichtet das vom Statistischen Amt herausgegebene "Reichs-Arbeitsblatt" in seinem Augustheft, wie folgt:

Trotz der offensichtlichen kindlichen Überlagerung beweist die deutsche Wirtschaft auch im Monat Juli ihre unverminderte Kraft und ist den durch den Krieg gestellten höchsten Anforderungen durchaus gewachsen. Der Juli-Bericht zeigt die Hauptindustriezweige wie in den vorhergegangenen Monaten voll beschäftigt. Insbesondere konnte die Leistungsfähigkeit im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich erhöht werden.

Die Nachweisen der Krankenklassen ergeben für die am 1. August 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. Juli gegenüber insgesamt eine Abnahme um 11 608

Synthesen des Ullzins und des Indigos, dann des Kompakts und anderer Stoffe, für welche die Natur bisher ein Monopol zu haben scheint. Es entwidmet sich auf der von Eichig geschaffenen Grundlage die heutige Drogenmittelindustrie. Die pharmazeutische Großindustrie wurde hierbei und gab den Arzten neue wirksame Waffen in die Hand.

Im vielseitigen Zusammenhang mit der chemischen Industrie steht die große deutsche Beleuchtungstechnik, die ebenfalls ein Kind des letzten halben Jahrhunderts ist. Die Petroleumlampen erscheint heute manchem schon als ein veraltetes Möbel, obwohl ihre allgemeine Einführung erst in den sechziger Jahren erfolgte. Daß sie in diesen Jahren zurückgedrängt worden ist, ist auf den Wettstreit zwischen der Gaslampe und der Elektrotechnik zurückzuführen, die uns immer neue Verbesserungen bringen. Speziell hier war die Erfindung des Amerikanischen Gasglühlichts und die Entwicklung dieser Technik durch Deutsche, die Konstruktion der ersten brauchbaren elektrischen Bogenlampe durch Hesner-Alten und der Glühlampe durch Edison. Es ist bekannt, wie große Verdienste um die Entwicklung der Glühlampe und um die Entwicklung der ganzen elektrischen Industrie in Deutschland der damals noch junge Erfinder Emil Rathenau sich erworben hat.

Das Bündnis zwischen Wissenschaft, Technik und Industrie ist eine der Grundlagen unserer modernen wirtschaftlichen Entwicklung. Ihnen verdanken wir auch die Möglichkeit unserer Export aufrecht

Beschäftigte oder um 0,14 v. H. (gegenüber einer Annahme der Beschäftigtenzahl um 0,08 v. H. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres). Der im Vergleich zum Vorjahr etwas veränderte Rückgang ist hauptsächlich auf die Verminderung der männlichen Beschäftigtenzahl zurückzuführen. Die Männer haben um 20 000 oder 0,49 v. H. abgenommen. Die weibliche Beschäftigtenzahl ist im Berichtsmonat auch weiter gestiegen und hat eine Annahme um 0,02 oder 0,20 v. H. erfahren. Nach den Feststellungen vor 34 Fachverbänden, die für 946 241 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosigkeit Ende Juli 7807 oder 0,3 v. H.; der Vormonat hatte eine Arbeitslosenziffer von 0,9 v. H. zu verzeichnen. Sie betrug im Juli 1914 2,9 v. H. und ist in den beiden nächsten Jahren auf 2,7 und 2,4 v. H. zurückgegangen.

Die Statistik der Arbeitssuchweise läßt im Berichtsmonat für das weibliche Geschlecht ein weiteres Sinken des Andrangs der Arbeitssuchenden erkennen, während er für das männliche dem Vormonat entspricht. Im Juli kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 47 Arbeitssuchende (gegenüber 47 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht ging die Andrangsiffer von 86 im Juni auf 83 im Berichtsmonat zurück. Die Berichte der Arbeitssuchweiseverbände über die Beschäftigung im Juli rieben: Aus Westfalen für Juli eine weitere rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt für männliche Personen, während für weibliche Arbeitskräfte eine nicht unbedeutende Annahme der Arbeitssuchenden, der offenen und besetzten Stellen zu verzeichnen ist. Das gleiche wird für Rheinland berichtet.

Vorläufige- und Dauerrente

Im früheren Unfallgesetz war der Ausdruck „vorläufige Rente“ und (Dauer-) Rente nicht gebräuchlich. Erst die Reichsversicherungsordnung hat diese Bezeichnungen eingeführt und ihnen den Stempel verschiedener Merkmale aufgeprägt. Die „vorläufige Rente“ wird nur in den ersten zwei Jahren nach dem Unfall festgesetzt. Die zweijährige Frist beginnt vom Tag des Unfalls ab zu laufen, während sie nach dem früheren Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz von der Rechtskraft des Bescheides oder der Entscheidung an, durch welche die Entschädigung zuerst endgültig festgestellt wurde, begann. Schon der Ausdruck „vorläufige Rente“ sagt, daß es sich um eine noch nicht definitiv festgesetzte Entschädigung handelt. Es kann vielmehr während des Zeitraumes von zwei Jahren jederzeit eine neue Festsetzung der Rente vorgenommen oder beantragt werden, sobald eine Veränderung in dem Zustande des Verletzten eingetreten ist. Die Veränderung muß zum mindesten eine wesentliche sein, d. h. sie darf nicht weniger als 10 Prozent betragen. Eine nur vorübergehende Besserung oder Verschlimmerung im Zustande des Verletzten ist keine wesentliche Veränderung. Nach Ablauf der zwei Jahre muß dann die Rente für den Dauerzustand besonders festgesetzt werden, gleichgültig, ob eine Veränderung eingetreten ist oder nicht. Das Gesetz macht deshalb einen Unterschied zwischen vorläufigen und Dauerrenten, weil in der Regel die Verletzungen eines bestimmten Zeitraumes bedürfen, um so weit zu heilen, daß in der Beeinflussung der Erwerbsfähigkeit des Betroffenen ein gewisser Maßstab findet, wodurch ein Besserungszustand, der als endgültige Folge des Unfalls anzusehen ist bei Feststellung der Entschädigung als Grundlage dient, eintritt. Man kann annehmen, daß zwei Jahre nach dem Unfall in der Regel die letzten Ausläufe des Leidens in Erscheinung treten. Zulässig ist auch die Feststellung des Dauerzustandes und der diesem entsprechenden Rente schon vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Unfall, es liegt dies völlig in dem Ermessen der Berufsgenossenschaft. Ist aber einmal die Dauerrente festgesetzt, dann darf eine anderweitige Feststellung der Rente nur in Zeiträumen von einem Jahr vorgenommen oder beantragt werden. Diese Fristen werden auch durch Einleitung eines Fallverschreibens nicht verändert. Wie bei der vorläufigen Rente, so kann selbstverständlich auch bei der Dauerrente eine Veränderung nur dann vorgenommen werden, wenn tatsächlich eine wesentliche Besserung der Verhältnisse eingetreten ist.

Ausschaltung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voran zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. September, der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. September bis 8. September fällig.

Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Kartenzzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Aus dem Verbandsgebiet

Vom Schwarzwald. Die düsteren Wölfe des wirtschaftlichen Drucks, die seit Jahrzehnten auf der Arbeiterschaft des Schwarzwaldes lasten, sind auch in der Kriegszeit nicht gewichen. Im Gegenteil, weit schärfer wie je bedrängen sie die Arbeiterschaft. Waren schon vor dem Kriege die Lohnverhältnisse höchst unzureichend und Unterernährung in weiten Arbeiterschichten vorherrschend, so ist durch die Zerstörung aller Bedarfssachen des Arbeitshabtes es noch schlimmer geworden. Die Löhne sind durchschnittlich höchst ungünstig, vielfach direkt erbärmlich. Was will man sagen, wenn heute noch auf dem Schwarzwaldes Familienbäter in Jahrzehntelanger Arbeit in Betrieben es auf Stundenlöhne von 49–50 Pf. gebracht haben, andere nur ein wenig mehr verdienten, Arbeiterschichten noch Löhne von 18–25 Pf. aufzuweisen. Bringt es ein Arbeitstag oder eine Arbeitseinheit in unzähliger Anzahl auf 50 Prozent über diese armeligen Löhne, so kommt man noch weniger machen zu können. Eine Arbeiterin kostete es in 120 Arbeitstunden auf einen Verdienst von

63 Pf. infolge dauernder Unterbrechung bei der Akkordarbeit auf Zylinderbohrung. Das war ein Ausnahmefall von 45 Pf. pro Stunde. Als Prämie für ihre äußersten Anstrengungen erhielt sie am Tag einen Abzug von 17 Pf. in Witten siebzehn Pf. Das war ein Abzug von über 12 Pf. pro Stunde und sank ihr Akkordverdienst damit auf unter 3 Pf. Andere Mitarbeiterinnen wurden gleichfalls mit Abzügen bedacht. Automatendreher stellten sich in einem andern Betrieb bei Bedienung von vier Maschinen im Akkord auf 55 Pf. die Stunde. Gewiß ein niederer Lohn. Nicht genug aber damit! Der Automatenmeister ließ die Maschinen etwas schneller laufen und dies gab der Firma sofort wegen Produktionsänderung Anlaß zu bedeutenden Abzügen unter den frischeren Verdienst. Die Gerechtigkeit hätte hier unbedingt verlangt, daß der etwaige Mehrverdienst dem Arbeiter für seine vermehrte Arbeitsleistung und notwendige Erhöhung seines zuletzt zugesetzten Lohnes zugestellt worden wäre.

Was man der Arbeiterschaft zu bieten wagt, zeigt ein weiterer Fall, aus der Zeit der letzten Kälteperiode. In einer Metallwarenfabrik konnten die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Stillstand des Motors nicht weiter arbeiten. Sie gingen deshalb in den Parterre Raum, um sich zu erwärmen. Dafür wurden sie mit 2 Mark pro Person bestraft. Also statt einer Entschädigung, worauf die Arbeiterschaft gefeiert hätte, hätte für unverschuldeten Arbeitsverlust — Strafe. Wahrschlich, höher kann es nicht gehen. Und da will man sich wundern, wenn die Arbeiterschaft unzufrieden wird, und will von Aufhebung sprechen? Auch in andern Betrieben an verschiedenen Orten ist das Strafsystem im Schwung. Für alles mögliche glauben Fabrikanten oder Betriebsleiter Strafen diktieren zu können. Da muß durch die Arbeiterschaft einmal gründlich eingegriffen werden. Auch mit Obschlägen und unwillkürlichen Entlassungen glaubt man noch im alten Stil weiter wirtschaften zu können.

Früheren Auges haben alte Familienbäter, Frauen und Mädchen der Organisationsvertretung, den Funktionären des christlichen Metallarbeiter-Verbandes ihre dritleide Not gesagt, und um Schutz und Hilfe gebeten. So weit als möglich hat auch der Verband sich der Regelung von Einzelfällen angenommen. Eine durchgreifende Abhilfe und Vorderung der Verhältnisse wie sie dringend nötig sind, war bis jetzt leider nicht möglich. Warum? Antwort: Weil die Arbeiterschaft selbst es bis jetzt an der entsprechenden praktischen Mitarbeit zur Änderung der Verhältnisse zwischen Liebhabern fehlt. Mit bloßen Färmern, Klagen und Schimpfen ist der Arbeiterschaft nicht günstig, tritt keine Besserung ein. Solange die Arbeiterschaft sich selbst nicht führt und durch den Beitritt zum christlichen Metallarbeiter-Verband sich eine Grundlage zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen schafft, wird es nicht anders. Die Arbeiterschaft, die nicht selbst auf diese Weise Hand anlegen will zur Verbesserung ihrer Lage, hat kein Recht zur Klage.

Auf dem Schwarzwald mangelt es vor allem der Arbeiterschaft noch immer an dem nötigen Zusammensetzen, der Solidarität. Einer traut dem andern nicht und ist eifersüchtig, auf jede kleine Besserung. Statt durch eigene Arbeit glauben diese noch durch ein besonderes Kriegserbe — gepaart mit dem ebenso undeutschen Angstmeiertum — ein löschen wirtschaftlichen Vorteil vor dem andern zu erzielen. Dass dies selbst keine Grundlage für die eigene Stellung ist, daß auch die übrige Arbeiterschaft dadurch geschädigt ist, daß solches Tun überhaupt verächtlich ist, daran denkt man nicht. Undere machen in Überstunden, was überhaupt zu machen ist. 12–18, ja bis zu 14 Stunden pro Tag, dazu Sonntagsarbeit ist keine Seltenheit. So glauben sie auf diese Weise einen unnehmbaren Lohn zu erzielen und die Organisation entbehren zu können. Zu den Seiten wirtschaftlichen Niedergangs ist dann das Elend um so größer.

Die Arbeiterausschüsse führen meistens ein Scheindasein. Von einer Tätigkeit zur rechten Vertretung der Arbeiterschaft im Sinne des Hilfsdienstgesetzes keine Spur. Das nimmt auch kein Wunder. Wo bei Arbeiterausschüssen und bei Arbeiterschaft der Zusammenschluß und die gegenseitige Verbindung durch die Organisation fehlt, kann von einer fruchtbringenden Tätigkeit des Ausschusses nicht die Rede sein. Solche Arbeiterausschüsse stellen dann im Gegenteil nur noch ein Hindernis dar, auf die sich rückständige Arbeitgeber berufen können. Den Arbeiterausschüssen ist gegenwärtig noch die Mitwirkung in der Verteilung der Lebensmittelzulagen in den Betrieben übertragen. Ohne deren Mitwirkung darf über die Lebensmittel nicht verfügt werden. Viele Arbeitgeber des badischen Schwarzwaldes befürmmern sich um die Anordnungen der Landeszentralbehörden keinen Deut. Lebensmittel kommen, der Arbeitgeber verfügt nach Gutdünken darüber, der Arbeiterausschuss bekommt weder eine Mitteilung noch wird er zur Mitwirkung herangezogen. (In Württemberg ist auf Antrag der Arbeitervertreter im Oberausschuss zur Verteilung der Nahrungsmittelzulagen an Arbeiter" die Bestimmung getroffen worden, daß nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch drei Mitglieder des Arbeiterausschusses die ordnungsmäßige Verteilung der zugewiesenen Lebensmittel zu becheinigen haben. Wo dies nicht geschieht, ist die Unterschrift zu verweigern und an den Oberausschuss Beschwerde zu richten.) Da unser Bezirksleiter Kollege Gengen dem Oberausschuss angehört, ist auch dieser in der Lage, ihm zugehörige Beihilfwerden weiter zu leiten.) Allgemein müssen hier die Arbeiterausschüsse dafür sorgen, daß sie in diesen Fragen nicht ausgeschaltet werden, sondern im Interesse der Gesamtarbeiterschaft ihre Tätigkeit entfalten.

Unders wird es aber nur auf dem Schwarzwald, wenn die Arbeiterschaft sich einmal selbst aufrafft, durch den Beitritt zum christlichen Metallarbeiter-Verband. Deutschlands und seit ihres Jaunmens, Klagens und Schimpfens den Willen zur Mitarbeit und Besserung der Verhältnisse zum Ausdruck bringt. Das nur ist der Weg, der einen Erfolg zeitigen kann. Un unsere Mitglieder selbst möchten wir das dringende Erfuchen tischen, für die Ausbreitung des Verbands Sorge zu tragen. Mit dem Zahnen des Vertrags allein sind wir noch keine Gewerkschaft. Nur Arbeit gibt Erfolg. Viele unserer Mitglieder und auch Vorstände, lassen es heute noch an der nötigen Einsicht, Umsicht und Energie fehlen. Spurlos gehen die Jahre und die Neugestaltung der Verhältnisse an manchen vorüber. Sie lieben am Vergangenem und verlernen die Gegenwart. Neue Zeiten und Verhältnisse verlangen neue Daten. Möchten das auch unsere Kollegen und Kolleginnen auf dem Schwarzwald beherzigen. Stärkung des Verbandes zur wirtschaftlichen Vertretung der Arbeiterschaft ist ein Gebot der Stunde. Niemand darf sich dem entziehen. Vielleicht kann dann auch in wirtschaftlicher Hinsicht einmal die Arbeiterschaft das Lied singen: O, Schwarzwald, du Heimat, wie bist du so schön!"

Vom Mittelschein. Im mittelschlesischen Industriegebiete, insbesondere in den Orten Bendov, Engers, Soden und Neuwied hat unser Verband in längster Zeit recht erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Der hiesigen Arbeiterschaft ist gleichfalls zum Bewußtsein gekommen, daß auch hier die Organisation dringend nötig ist.

In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung beschäftigten sich am Sonntag, den 5. August, unsere Kollegen und Kolleginnen sowie sie zu den Belegschaften der am Mittelschein belegenen Krupp'schen Werke gehören, mit der Lage ihrer derzeitigen Lohn- und Lebensbedingungen und mit den Forderungen, die angeichts der heutigen Verhältnisse verwirklicht werden müssten. Die geräumigen Gartenanlagen des Gashaus "Deutscher Kaiser" veranlaßten die Teilnehmer kaum zu fasen.

In der Eröffnungsansprache führte Bezirksleiter Kollege Schmitz-Köln etwa folgendes aus: Die Durchführung des dem deutschen Volke aufgezwungenen Kampfes fordert von allen Volksgenossen, insbesondere von allen an der Herstellung von Munition und Heeresbedarf beschäftigten Arbeitstränen die Hergabe aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten. Das Interesse des Vaterlandes macht die höchste Anspannung aller Kräfte zur Pflicht. Dieser bayerländischen Pflicht ist sich die Arbeiterschaft des mittelschlesischen Industriegebiets vollaus bewußt, sie weiß: Die Erfüllung derselben dient den in furchtbaren Kämpfen mit unvergleichlichem Heldentum anshartenden und siegreichen Truppen an den Fronten, sie dient der Volksgesundheit und damit gleichzeitig dem wohlverstandenen eigenem Interesse. Die Aufrechterhaltung und möglichste Steigerung der Leistungsfähigkeit der in der Kriegsindustrie beschäftigten Kräfte ist ein dringendes Gebot der Stunde. Die hauptsächlichsten Bedingungen zur Errreichung höchster Kraftentfaltung ist die Beschaffung und geregelte Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und eine den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte Regelung der Lohnfrage. Im Hinblick auf die außerordentlich starke Belastung der allgemeinen Lebensmittel und in Verschärfung der Lohnverhältnisse, die in den Betrieben der Hütten- und Metallindustrie im mittelschlesischen Gebiete vorherrschen, ist die Regelung und Erhöhung des Lohnes am notwendigsten. Die gewaltige Tenerung durch Verbesserung der Einkommensbedingungen in etwa auszugleichen, ist ein dringendes Erfordernis, um der Arbeiterschaft das Durchhalten zu ermöglichen. Die Industrie hat die soziale und bayerländische Pflicht, dem Streben der Arbeiter nach ausländischen Löhnen nach besten Kräften Neigung zu tragen.

Sodann sprach Bezirksleiter Kollege Hirtseifer, Essen, über die kriegswirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse des Krupp'schen Unternehmens und über die Verhältnisse der Arbeiter in den Stammwerken dieser Firma. Redner schilderte die Entwicklung des Essener Stammwerkes aus kleinen Anfängen heraus zu seiner heutigen Bedeutung als größte Waffenschmiede der Welt. Während vor dem Kriege rund 70 000 Arbeiter und Angestellte auf sämtlichen Krupp'schen Werken beschäftigt gewesen seien, betrage diese Zahl zurzeit wohl das Doppelte. Seit dem Ende des letzten persönlichen Führers sei das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt mit einem Aktienkapital von zunächst 180 und jetzt 250 Millionen Mark. Seit der Umbildung in eine A.-G. sei ein Einblick in die finanziellen Ergebnisse des Unternehmens ermöglicht. Die Gewinnergebnisse seien für das Werk schon immer durchaus befriedigend gewesen. Der Krieg habe aber für die Firma ganz bedeutende finanzielle Erfolge gezeitigt. Im ersten Kriegsjahr wurde ein Betriebsüberschuss von 113 und im zweiten von 125 Millionen erzielt.

Über das Verhältnis zur Arbeiterschaft sei zu sagen, daß die Firma in der Fürsorge für die Arbeiter, in sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, vieles geleistet habe, während sie sich für die freiheitlichen Besitzungen der Arbeiterschaft auf Erlangung größerer Rechte weniger Befürndnis gezeigt habe. Die Lohnverhältnisse des Essener Stammwerkes standen immer ziemlich an der Spitze des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes. Durch eingehende Schilderung der Lohnverhältnisse in den Essener Werken führt Redner daselbst den Nachweis. Die Essener Arbeiterschaft der Firma Krupp sei wohl auch die erste in Rheinland und Westfalen gewesen, die sich in größerer Anzahl gewerkschaftlich organisiert habe. Insbesondere bestehen in Essen auch seit Jahren eine starke Gruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Essener Krupp'schen Arbeiter wissen, daß sie in ihrer Entwicklung dem christlichen Metallarbeiterverbande vieles verdanken, sie würden es freudig begrüßen, wenn auch die Belegschaften der übrigen Werke der Firma Krupp sich in möglichst großer Anzahl dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen, und dauernd an der Verbesserung der Lage der Arbeiter mitwirken würden.

Über die Lohnverhältnisse in den Betrieben am Mittelschein berichtete Kollege Schmitz u. a.: Die vielfach verbreitete Ansicht, daß in der Rüstungsindustrie allgemein und überall hohe Löhne gezahlt würden, wird durch den Stand der Löhne in den hiesigen Betrieben treffend widerlegt. Gewiß sind auch hier bei einzelnen Arbeiterkategorien im Vergleich zur Friedenszeit Lohnsteigerungen festzustellen, allein selbst diese bleiben hinter der allgemeinen Lohnentwicklung erheblich zurück. Die höchsten Verdienste erzielten ältere Formen, besonders tüchtige Facharbeiter mit Löhnen bis zu 1 Mark jährlich. Auch sind noch bei sonstigen Facharbeitern, wie Schlosser, Dreher, Hobler, Schmiede usw. Stundenverdienste von 82 bis 95 Pf. und in einzelnen Fällen bis zu 1 Mark festzustellen. Diese Löhne der hochwertigen Qualitätsarbeiter stehen indeß zu den Löhnen, die gleichartige Arbeitskräfte anderwärts beziehen, in keinem Vergleich. Die Löhne der Klempner, der Schmiede bestimmen sich auf 44, 45 und 50 Pf. pro Stunde. Gußarbeiter erhalten pro Stunde bis zu 62 Pf., Schmiede verdienen 50 Pf., Kupoloseneleute 48 Pf. pro Stunde. Als besonders ungünstig erwiesen sich die Löhne der Hilfsarbeiter. Diese schwanken zwischen 37 und 45 Pf. jährlich. Unter diesen Löhnen befinden sich Familienbäter die drei und mehr Kinder zu ernähren haben.

